

BÜNDNIS PRO RETTUNGSDIENST

Björn Steiger Stiftung - Bundesvereinigung der Arbeitsgemeinschaften der Notärzte Deutschlands - Deutsche Feuerwehr-Gewerkschaft - Deutsche Gesellschaft für Rettungswissenschaften - Deutscher Berufsverband Rettungsdienst - Mitarbeiterseite der Arbeitsrechtlichen Kommission des Deutschen Caritasverbandes

Pressemitteilung vom 12. Dezember 2022

Die Notfallrettung in Deutschland ist gefährdet – der Rettungsdienst muss grundlegend reformiert werden!

Die Überlastung des Rettungsdienstes und Fehlsteuerungen im System haben den Rettungsdienst bundesweit in die Krise geführt. Das neu gegründete Bündnis pro Rettungsdienst fordert die Politik zu schnellem Handeln auf.

Die Aufgaben für den Rettungsdienst nehmen zu; er ist grundsätzlich leistungsfähig, kommt aber immer mehr an seine Grenzen.

Rettungsdienst ist kein Taxi!

Eine gesunkene Schwelle für die Inanspruchnahme, unzureichende Kenntnis, welche Notrufnummer die jeweils richtige ist und lange Wartezeiten sowie eingeschränkte Verfügbarkeit im ambulanten Sektor führen zu einer Überlastung des Rettungsdienstes. Rettungsleitstellen haben oft nur die Möglichkeit, Rettungswagen oder Notarzt zu schicken, nicht aber eine Gesundheitsberatung zu machen oder anzustoßen.

Das Bündnis pro Rettungsdienst fordert daher, eine enge Verzahnung zwischen den Notrufnummern 112 und 116117 vorzunehmen. Notrufe, die sich in der Bearbeitung in der Rettungsleitstelle als nicht akut bedrohliche Situation darstellen, müssen an die 116117 weitergegeben und dort durch eine Gesundheitsberatung oder den ärztlichen Hausbesuch beantwortet werden. Wie in Pilotprojekten erfolgreich begonnen, müssen Projekte wie der Gemeindeneofallsanitäter oder Notfallkrankwagen in den Regelbetrieb überführt werden, um Rettungswagen und Notärzte zu entlasten und nicht jedem Notruf eine Krankenhausbehandlung folgen zu lassen.

Überlastung und Berufsfucht – die notfallmedizinische Versorgung der Bevölkerung ist gefährdet!

Die Tätigkeit in der Notfallrettung stellt sehr hohe Anforderungen an Fachlichkeit und Persönlichkeit der Mitarbeitenden. Sie sind zuerst an der Einsatzstelle und müssen unter oft widrigen Bedingungen Menschenleben retten. Nicht selten unter Gefährdung ihrer eigenen Gesundheit.

Die Folgen der Überlastung des Rettungsfachpersonals können zur Bedrohung für die Notfallversorgung der Bevölkerung werden. Aus gesundheitlichen Gründen können nur Wenige bis zum Renteneintrittsalter im Beruf bleiben. Viele verlassen den Beruf schon nach wenigen Jahren. Als Folge der Personalnot hat die Zahl der unbesetzten Einsatzfahrzeuge in den letzten Jahren stark zugenommen.

Eine Ausbildungsinitiative, moderne Arbeitszeitmodelle sowie angemessene Bezahlung müssen erreicht werden, um die Attraktivität einer Tätigkeit im Rettungsdienst zu steigern und die Verweildauer der Beschäftigten im Beruf zu verlängern.

Oliver Hölters, Mitarbeiterseite der Arbeitsrechtlichen Kommission der Caritas und Mitinitiator des Bündnis pro Rettungsdienst:

„Wir laufen Gefahr, dass das System der Notfallrettung in Deutschland zusammenbricht. Die Bevölkerung fühlt sich sicher, weil ihnen versprochen wird, dass in nur wenigen Minuten überall in Deutschland Hilfe naht. Dieses Versprechen ist schon jetzt absehbar ein trügerisches Versprechen!“

Dr. Florian Reifferscheid, Vorsitzender der Bundesvereinigung der Arbeitsgemeinschaften der Notärzte Deutschlands (BAND e.V.):

„Personalmangel in den Kliniken, Arbeitszeitmodelle und gesetzliche Regelungen erschweren auch im ärztlichen Bereich die Besetzung der Notarztstandorte und gefährden die Notfallrettung. Daher müssen Anstrengungen unternommen werden, die notärztliche Versorgung im Rettungsdienst zukunftsfähig zu machen.“

Reform ist notwendig – Akteure beteiligen!

Der Rettungsdienst kann nicht ohne eine gemeinsame Reform der Notfallversorgung verbessert werden; punktuelle Nachbesserungen bringen keine Verbesserung. Ambulante, stationäre und rettungsdienstliche Versorgung der Patientinnen und Patienten sind gleichberechtigte Säulen der Notfallversorgung, die nur ganzheitlich reformiert werden können.

Das Bündnis pro Rettungsdienst fordert daher unter anderem, durch die technische Zusammenführung der Notrufnummern 112 und 116117 eine Vereinfachung für hilfesuchende medizinische Laien zu schaffen. Standardisierte Notrufabfragen und Telefonreanimation sind ebenso verpflichtend einzurichten wie die Option, nicht lebensbedrohliche Hilfeersuchen an die 116117 weiterleiten zu können und durch Gesundheitsberatung und Hausbesuche unnötige Krankenhauseinweisungen zu vermeiden.

Eine Strukturreform und eine neue Planung der Notfallversorgung sind notwendig. Die Gefahr ist groß, dass der Rettungsdienst bei der anstehenden Krankenhausstrukturreform erneut, aber unzureichend mit geregelt wird. Das Bündnis pro Rettungsdienst fordert, bei den notwendigen Reformen alle Akteure der ambulanten, stationären und rettungsdienstlichen Notfallversorgung in Deutschland zu beteiligen.

Frank Flake, 2. Vorsitzender des Deutschen Berufsverbands Rettungsdienst und Mitinitiator des Bündnis pro Rettungsdienst:

„Die Probleme sind vielfältig und betreffen alle Sektoren der Gesundheitsversorgung. In den Bundesländern können die Probleme nicht alleine gelöst werden. Es braucht einen Gesetzgeber, der endlich entschlossen handelt, sonst ist die Katastrophe und der Zusammenbruch der Notfallversorgung nicht mehr aufzuhalten.“

Eine Lobby in der Politik haben die in der Notfallversorgung Tätigen kaum. Das Bündnis pro Rettungsdienst hat sich zu diesem Zweck am 27. Oktober in Frankfurt am Main gegründet.

Mitglieder des BÜNDNIS PRO RETTUNGSDIENST

- Björn Steiger Stiftung
Ulrich Schreiner; u.schreiner@steiger-stiftung.de
- Bundesvereinigung der Arbeitsgemeinschaften der Notärzte Deutschlands
Dr. med. Florian Reifferscheid; reifferscheid@band-online.de
- Deutsche Feuerwehr-Gewerkschaft
Siegfried Maier; s.maier@dfaug.de
- Deutsche Gesellschaft für Rettungswissenschaften
Thomas Hofmann; thomas.hofmann@dgre.org
- Deutscher Berufsverband Rettungsdienst
Frank Flake; flake@dbrd.de
- Mitarbeiterseite der Arbeitsrechtlichen Kommission des Deutschen Caritasverbandes
Oliver Hölters; oliver.hoelters@malteser.org

Pressekontakt

Mitarbeiterseite der Arbeitsrechtlichen Kommission des Deutschen Caritasverbandes

Pressestelle: Torsten Böhmer, torsten.boehmer@caritas.de, mobil: 0179 / 5465 976